

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 21, 19. Oktober 2000

Antiraschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
Biz: 100 500 00/Kto-Nr. 0670017787

Einblicke

Schockwirkung

Von Horst Peter

Als internationale Vergleichsstudien ergaben, dass deutsche Schülerinnen und Schüler in Mathematik nicht wettbewerbsfähig waren, ging der „TIMSS-Schock“ (so hieß die Vergleichsstudie) durchs Land. Gefordert wurde, naturwissenschaftlichem Unterricht in den Schulen stärkeres Gewicht zu geben. Wo bleibt in Deutschland der „Rechtsextremismusschock“ angesichts der Tatsache, dass rechtsextreme Gewalt gegen Fremde und Schwache den Ruf der deutschen Demokratie schädigt?

Bedenkt man, dass in allen Landesverfassungen die Erziehung zur Teilnahme an der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens im Kern des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule steht, dann ist im Hinblick auf das demokratische Bewusstsein, das von Rechtsextremen herausgefordert wird, der schulischen und auch außerschulischen politischen Bildung ein schlechtes Zeugnis auszustellen. Wenn wissenschaftliche Studien belegen, dass sich die meisten Deutschen von der Demokratie abwenden, ist es Zeit, nach einer langfristigen Stärkung der politischen Bildung in der Schule und in der Jugendarbeit zu rufen.

Die Einsicht des Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Willi Lemke, dass beim Kampf gegen rechts offensichtlich etwas falsch gemacht wurde, verlangt Konsequenzen. Dabei ist das offensichtlich keine Frage der Lehrpläne oder der Materialien. Die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung haben hervorragende Unterrichtshilfen zum Rechtsextremismus erstellt. Die Praxis der politischen Bildung und der niedrige Stellenwert in der Öffentlichkeit müssen verändert werden.

Die Mittel, die Bildungsministerin Edelgard Bulmahn zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bereit stellt, müssen auch in Lehrerfortbildung und offene Jugendarbeit fließen. Die öffentliche Aufmerksamkeit muss genutzt werden, das demokratische Bewusstsein der Deutschen zu aktivieren.

Horst Peter ist Vorsitzender der AG Bildung in der SPD Hessen

Kreide geschluckt

Die NPD-Führung ist krampfhaft bemüht, die Grundgesetztreue der Partei hervorzuheben.

Seite 2 ■

Tischtuch zerschnitten

Zwischen der NPD und den Freien Nationalisten ist das freundschaftliche Verhältnis merklich abgekühlt.

Seite 3 ■

Gute Kameraden

Jörg Haider lobt die Kriegs-Veteranen, unter ihnen zahlreiche ehemalige SS-Angehörige.

Seite 6 ■

Auf dem Vormarsch

Auch in der Schweiz wurde eine intensive Debatte über Rechtsextremismus im eigenen Land geführt.

Seite 7 ■

Geheime rechte Zellen

Das auf Gewalt basierende Konzept des so genannten führerlosen Widerstands spielt auch in der braunen Szene in Deutschland eine Rolle.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Schutzbehauptungen**

Die NPD-Führung ist krampfhaft bemüht, ihre Grundgesetztreue hervorzuheben. Dagegen sprechen alleine schon die zahlreichen Parteikarrieren von Neonazis.

Es handelt sich lediglich um ein Gerücht, dass die NPD-Führung gegenwärtig Freiwilligentrupps zusammenstellt, die an den Wochenenden die Kreidelfen von Dover abtragen sollen. Aus Tarnungsgründen sei jedem Mitglied befohlen worden, regelmäßig ein Quantum Kreide zu schlucken. Wahr dagegen ist, dass der Parteivorstand der NPD die absolute Grundgesetztreue der eigenen Partei entdeckt hat und diese umgehend unermüdlich verkündet. Allen voran marschiert bei dieser Kampagne der Vorsitzende Udo Voigt, der laut der „Deutschen Stimme“ erklärte, die NPD habe seit ihrer Gründung 1964 immer wieder nachgewiesen, „dass sie Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele strikt ablehnt, sich eindeutig zum Grundgesetz bekennt und als demokratische Partei von unten nach oben aufgebaut ist. Ein Verbot sei daher unbegründet und juristisch nicht durchsetzbar.“

Der zuständige Redakteur der „Deutschen Stimme“, Christian Wendt, behauptet sofort, „Die Fakten scheinen Voigt Recht zu geben“. Gerade Wendt ist nun aber in seiner Person Nachweis dafür, dass das Gegenteil von Grundgesetztreue zutreffend ist. Wie zahlreiche andere Kader in zentralen Positionen der Partei kommt Wendt aus einer Neonazigruppe. Seine frühere Organisation, Die Nationalen, hatte sich aufgelöst, um einem befürchteten Verbot zuvorzukommen. Wendt, vom Gericht als „geistiger Brandstifter“ charakterisiert, ist mehrfach einschlägig vorbestraft. Die Verbindungen zum Neonazispektrum hält er unter anderem über seine Funktion in der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene. Zuletzt Vorsitzender der Nationalen war der Berliner Frank Schwerdt, der nach der Überführung der Mehrheit seiner Truppe in die NPD umgehend Beisitzer im Parteivorstand wurde.

Noch im Mai hatte Udo Voigt gar, wenn man den Berichten von Christian Worch glauben darf, versucht, diesen langjährigen „Führer ohne Funktionen“ des Spektrums der Freien Kameradschaften als Landesvorsitzenden der NPD zu gewinnen. Worch war und ist zwar kein Mitglied der NPD,

aber Voigt hatte registriert, dass seine eigene Partei um den greisen Ulrich Harder in Hamburg keine Zuwächse verzeichnen kann, während die Freien Nationalisten dort dominieren. Der demokratische Aufbau der Partei von unten nach oben wird zwar behauptet, in der Praxis bestimmt aber wohl der Vorsitzende, wer sein Landeschef zu werden hat. Pech nur, dass Worch ablehnte und die Angelegenheit auch noch öffentlich machte.

Denn trotz der vielfältigen personellen Verflechtungen mit Kadern der inzwischen verbotenen neonazistischen Kleingruppen ist deren Verhältnis zur NPD keineswegs konfliktfrei. Das musste Voigt am 14. Juni bei einem Auftritt in Halle beim Landesverband Sachsen-Anhalt erleben, der das Schlusslicht beim Parteaufbau in den neuen Bundesländern bildet. Empört schildert die „Sachsen-Stimme“ der NPD: „Auffällig waren besonders drei Störer, zum Teil erheblich alkoholisiert, die als ‘Freie Aktivisten’ getarnt auftraten. Hauptziel der Attacken bleibt klar die Verhinderung des Aufbaues des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Weiterhin soll zwischen der NPD und freien Kameradschaften ein Keil geschoben und Misstrauen gesät werden.“

■ „Keine zweite Entnazifizierung“ ■

Hintergrund der Differenzen ist die Ablösung des früheren Landesvorsitzenden und Schulungsverantwortlichen im Parteivorstand Steffen Hupka, der von der Nationalistischen Front (NF) zur NPD gestoßen war. Dieser hatte herzlich wenig Schulungsarbeit geleistet. Seine einzige größere Aktivität bestand aus einer Tournee mit dem österreichischen Neonazi Andreas Thierry, der wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt ist und ebenfalls ehemaliger Kader der NF ist. Überhaupt scheint es so, dass frühere Funktionäre dieser am Kaderprinzip orientierten Gruppe im Gegensatz zu den als undiszipliniert bekannten Mitgliedern der FAP in der NPD besonders schnell und häufig Karriere machen konnten. Ein Beispiel dafür ist Jens Pühse, der als Beisitzer dem Parteivorstand angehört und auch zur Redaktion der „Deutschen Stimme“ zählt. Auch der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der NF, Helmut Braun aus Heidelberg, stieß nach deren Verbot zur NPD. Seine Parteinahme für Günter Deckert dürfte sich jedoch negativ auf eine mögliche Parteikarriere ausgewirkt haben.

Falls es dann doch einmal zu gravierenden Konflikten mit Aktivisten der NPD aus der Neonazi-

szene kommt, dann ist nach den Statuten als letzte Instanz das Bundesschiedsgericht für deren Beilegung zuständig. Und auch hier ist selbstverständlich für den Fall der Fälle vorgesorgt worden. Vorsitzender dieses Gremiums ist seit dem Parteitag im März 2000 der Rechtsanwalt Wolfram Nahrath. Dieser ist bekannt geworden durch seine Funktion als Vorsitzender der verbotenen Wiking-Jugend und stand der FAP nahe. Bereits am 3. Oktober 1992 aber trat er als Redner beim Deutschlandtreffen der NPD im thüringischen Arnstadt auf. Noch unter der Ägide von Günter Deckert nämlich wurden die Weichen in der NPD für eine Aufhebung der bis dahin formal geltenden Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber den neonazistischen Kleingruppen gestellt. Deckert selbst war es, der sich am 12. Februar 1993 mit der Führungsgruppe der verbotenen Deutschen Alternative in der Nähe von Cottbus traf.

Udo Voigt führt also nur das Werk seines Vorgängers fort, wenn er Kader des Neonazispektrums in die NPD integriert und dort als Funktionäre akzeptiert. Die Spannbreite reicht dabei vom verbotenen Nationalen Block, dem der heutige Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Sascha Roßmüller angehört hat, bis hin zu Doppelmitgliedschaften bei der unlängst verbotenen deutschen Sektion von Blood&Honour. Ein Beispiel dafür ist der bekannte Nazi-Skinhead Christian Hehl, der dem Landesvorstand der JN in Rheinland-Pfalz angehört. Im NPD-Landesverband Thüringen kann der neonazistische Thüringer Heimatschutz als dominant gelten. Pressesprecher Tino Brandt, selbst dieser Gruppe zugehörig, gesteht einen solchen Einfluss auch im Vorstandsbereich offen ein. Zu diesen Kadern gehört Landesvorstandsmitglied Jörg Krautheim, der die vom Parteivorsitzenden Voigt proklamierte Gewaltfreiheit mit der Aussage konterkariert, er sehe „präventive Gewalt als im Ermessen des Einzelnen“. Seine deutlichen Worte wird die NPD in gewohnter Manier mit dem Hinweis abtun, es handele sich um Auftragsarbeit des Verfassungsschutzes. Die Thüringer Lokalpresse hatte unlängst berichtet, Krautheim sei durch das Landesamt sogar mit einem Handy ausgestattet worden.

Die Häufung von Neonazis in Führungspositionen spricht gegen solche Schutzbehauptungen. Dagegen sprechen auch frühere Worte Voigts. Der hatte entschieden verkündet, unter ihm werde es „keine zweite Entnazifizierung“ in der NPD geben. In der Tat: Nazis finden sich dort zuhauf. *Jean Cremet*

Aus der Szene

Tischtuch zertrennt

Dass die NPD derzeit bemüht ist, keine weiteren Anlässe für ein Verbot zu liefern, sorgt für Ärger in der harten Neonaziszene.

Seitdem NPD-Parteichef Udo Voigt den von ihm einst propagierten „Kampf um die Straße“ zurückgestellt und Demonstrationen abgesagt hat, funktioniert die Symbiose zwischen Nationaldemokraten und denen, die sich als Freie Nationalisten verstehen, nicht mehr. Christian Worch, eine der Schlüsselfiguren dieser Szene, holt jetzt zum Rundumschlag gegen die NPD-Oberen aus. Voigts angebliche Sorge vor Provokateuren, die bei Demonstrationen den Ruf der NPD beschädigen könnten, teilt er nicht. „Feigheit“ hält Worch in einem Text unter der Überschrift „Zur politischen Selbstkastration der NPD“ der Partei statt dessen vor.

Und er glaubt auch, das Motiv der vorsichtiger gewordenen Nationaldemokraten zu kennen: „Wir wollen nun bitte einmal nicht vergessen, dass von der Partei (und dem ihr angeschlossenen Verlag) zwei oder sogar drei Dutzend Menschen leben.“ Voigt und seine Stellvertreter Schön, Apfel und Eisenecker sieht er fast schon am Hungertuch nagen, falls ihre Partei verboten wird. „Was will Udo Voigt denn machen, wenn die Partei verboten wird?“ Schön werde gleichfalls von der Partei besoldet, Apfel sei Leiter des parteieigenen Verlags, über Rechtsanwalt Eisenecker sei gerüchteweise zu hören, er erhalte „mindestens die Hälfte, eher noch drei Viertel seiner Mandate über die NPD“. „Die Basis verzeiht Dummheit, die Basis verzeiht Faulheit, mangelnde Fähigkeiten, alles mögliche - aber nicht Feigheit“, droht er der NPD-Spitze. Jedenfalls sehe er, Worch, „die Friedenspflicht gegenüber einem früheren Bündnispartner als beendet an“.

Es war von beiden Seiten ein eher instrumentelles Verhältnis: Unter dem Mäntelchen der NPD konnten die Neonazis häufig aufmarschieren, was ihnen auf sich allein gestellt oft nicht gelungen wäre. Umgekehrt profitierte die NPD von der Erfahrung einiger Neonazis und freute sich über höhere Teilnehmerzahlen an ihren Demonstrationen. Das Tischtuch zwischen NPD und Neonazis scheint nun aber durchtrennt, noch ehe das Verbotsverfahren eröffnet ist. *Thomas Sager*

Aktivitäten**Honoriger Kandidat**

Ein NPD-Kommunalpolitiker wird im Vereinsleben der Stadt geschätzt.

Fast auf den Tag drei Monate nach der ersten Razzia wurden die Skinheads Sächsische Schweiz zum zweiten Mal vom Landeskriminalamt heimgesucht. Hieß es nach den Durchsuchungen im Juni noch, die SSS und SSS/AO wären zerschlagen, wurden bei der Aktion am 26. September nochmals 14 Wohnungen durchsucht und unter anderem Teile von Uniformen sowie Schriften beschlagnahmt.

Durchsucht wurden diesmal auch die Wohnung und die Geschäftsräume des Fahrlehrers und NPD-Kreisgeschäftsführers Uwe Leichsenring, wobei es zur Sicherstellung von Software sowie Computern und Laptops kam. Aus den bisherigen Ermittlungen gegen sie SSS gingen, so das LKA, Erkenntnisse hervor, die „den Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ erhärteten. Wie eng die Verbindung von NPD und der SSS sind, war spätestens seit dem auf den 13. Oktober 1998 von Leichsenring datierten Brief bekannt, in dem es heißt, daß man SSS und SSS/AO „für die hervorragende Absicherung unserer Veranstaltung und Infotische“ im zurückliegenden Wahlkampf danke. Leichsenring sitzt seit den letzten Kommunalwahl zusammen mit dem ehemaligen Wiking Jugend-Mitglied Michael Wiegand im Parlament der Stadt Königstein. Mit über 11 Prozent fuhr man hier das beste sächsische Ergebnis für die NPD ein. Als Direktkandidat zur Bundestagswahl erreichte Leichsenring vor Ort 7,6 Prozent der Erst- und 5,2 der Zweitstimmen, was aber noch nicht das beste Ergebnis in der Sächsischen Schweiz war. Und so gilt der 33-Jährige als gestandenes Mitglied der Gesellschaft. „Mit unserem Uwe“ kann man Politik ohne „kleinliches Parteiengezänk“ und immer „an Sachfragen orientiert“ betreiben, heißt es bei den anderen Parteien. Er kümmere sich um die Sorgen der kleinen Leute und sei im Vereinsleben sehr geschätzt, so als guter Tischtennispieler. Aufgrund der Wahlergebnisse und der gesellschaftlichen Position Leichsenrings wurden Befürchtungen bezüglich seiner möglichen Kandidatur zur Bürgermeisterwahl im Jahr 2001 laut. Staatliche Stellen halten es für nicht unwahrscheinlich, dass es hier den ersten braunen Bürgermeister Sachsens nach 1945 geben könnte. *Lukas Kilian*

Aktivitäten**Trotz Verbot nicht tot**

Die JLO schwimmt heute offen im rechts-extremistischen Fahrwasser.

Laut Beschluss der Mutterorganisation dürfte es sie gar nicht mehr geben, die JLO. Anfang des Jahres hatte die Landsmannschaft Ostpreußen sich offiziell von ihrem Nachwuchs getrennt. Nicht mehr zu kaschieren waren die rechten Tendenzen und Verbindungen zu Neonazis, weshalb der Jungen Landsmannschaft ihr Status als Jugendorganisation aberkannt und sie beauftragt wurde, zukünftig das LO im Namen und das Geweih im Logo nicht mehr zu tragen.

Die sächsische Gruppe um Alexander Kleber kümmert sich darum allerdings nicht, sondern ist jetzt erst recht offen im Umfeld rechtsextremer Organisationen wie der IWG des Georg Paletta anzutreffen (BNR berichtete mehrfach). Bereits früher eilte der sächsischen JLO der Ruf eines technischen Tarnvereins für rechte Veranstaltungen voraus. So zum Beispiel als Anfang vergangenen Jahres mit einem antisemitischen Konterfei für „Das Schwarzbuch des Kommunismus - Ein Vortrag über die Mordbrennerei der bolschewistischen Menschheitsbeglucker“ geworben wurde. Anwesend waren in den Dresdner Räumen des Bundes der Vertriebenen dann hauptsächlich NPDler. Inzwischen ist Alexander Kleber nicht nur bei Aufmärschen dabei, sondern engagiert sich für nationale Kameraden. So berichtete er auf der Homepage der NPD-Dresden über die erste Razzia bei den Skinheads Sächsische Schweiz, fast wortgleich erschien ein Artikel unter dem Namen Alwin Freiberg in der August-Ausgabe der „Deutschen Stimme“ (BNR 14/00). Und den bei der Razzia wegen illegalen Waffenbesitzes Inhaftierten soll der JLO-Chef die Anwälte besorgt haben.

Neben der gemeinsamen publizistischen Tätigkeit mit NPD-Landessprecher Matthias Paul für die „Sachsenstimme“, organisierte die JLO, so war es ihrer Seite auf der sächsischen NPD-Homepage zu entnehmen, für den 7. Oktober in Dresden eine Vortragsveranstaltung mit Horst Mahler zum Thema „Vom Parteienstaat zur Deutschen Nationalversammlung“. Bevor die Veranstaltung eine Woche später in Chemnitz wiederholt wurde, war Mahler am 8. Oktober noch zu einer NPD-Diskussion über „Deutschlands Weg ins Abseits“ geladen. *L.K.*

Aktivitäten**Anti-Kapitalisten**

Der Kampf gegen die Globalisierung ist zentrales Thema der Rechten - nicht nur in Deutschland.

Die Demonstrationen gegen das Treffen des Internationalen Währungsfonds in Prag in der letzten Septemberwoche haben kurzzeitig Schlagzeilen gemacht. Es waren allerdings nicht nur linke Globalisierungsgegner auf der Straße. Schon im Vorfeld der IWF-Tagung, am 26. September, demonstrierten tschechische Neonazis gegen das „Treffen des internationalen Finanzkapitals“. Doch die circa zweihundert Ultrarechten hatten das Nachsehen. Die an diesem Tag schon zahlreich in Prag anwesenden linken Globalisierungsgegner verhinderten den rechten Formierungsversuch massiv. Die Demo der Linken war ungleich größer als die der Rechten. Die wiederum machten am Abend Jagd auf links aussehende auswärtige IWF-Gegner. So wurden fünf Berliner in der Prager Innenstadt von Jungnazis überfallen. Zwei der Überfallenen mussten ambulant behandelt werden.

Nicht immer allerdings sind die Trennlinien zwischen linken und rechten Gegnern so eindeutig. So äußerten in Italien auch linke Politiker Verständnis für eine Aktion von Globalisierungsgegnern am malerischen Comer See. „Nationale Rebellion gegen die Globalisierung“, „Freiheit und Faschismus“, „Wir sind durch die Geschichte geeint - ihr durch das Geld“ und „Juden raus“ lauteten die Parolen der rund 400 Demonstrierenden, darunter Neofaschisten in Schwarzhemden und italienische Naziskins, die Anfang September vor der Villa D'Este gegen das Ambrosetti-Wirtschaftsseminar demonstrierten und zeitweise die Eingänge blockierten.

Die in Rom erscheinende Tageszeitung „La Repubblica“ zitierte einen Demonstranten, der die rechte Globalisierungskritik auf den Punkt brachte: Es handele sich bei dem Treffen um „eine Verschwörung der Plutokraten der Finanzoligarchie“, gegen die man die „europäischen Traditionen“ mobilisieren wolle.

Auch der französische Rechtsextremist und Vorsitzende des Front National, Jean Marie Le Pen, hat auf seiner Sommeruniversität in Südfrankreich zum

Kampf gegen die Mondialisierung aufgerufen, wie der von der französischen Rechten populär gemachte Kampfbegriff heißt. Allerdings haben sie mittlerweile den Versuch aufgegeben, sich bei den linken Globalisierungsgegnern anzubiedern, wie die Berliner Wochenzeitung „Jungle World“ zu berichten weiß. So versuchten die Rechten zunächst den linken Bauernrebell José Bové, der wegen der gewaltfreien Demontage eines Mc Donald-Restaurants zur Zeit vor Gericht steht, für sich zu instrumentalisieren. Doch Bové hat sich immer entschieden von rechten Vereinnahmungsversuchen distanziert. Mittlerweile wird er in der rechten Presse als „schlimmer als die Globalisierer“ diffamiert, weil er gegen den Internationalismus der multinationalen Konzerne einen „Internationalismus von unten“ propagiere.

Nicht erst seit Prag ist bekannt, dass der Kampf gegen Globalisierung ein zentrales Thema ultrarechter Gruppierungen ist. Schon bei den Protesten im November 1999 in Seattle, die die Globalisierungsproteste weltweit bekannt gemacht hatten, war auch der ultrarechte Präsidentschaftskandidat Pat Buchanan samt Freunden auf der Straße.

■ „Verschwörung der Plutokraten der Finanzoligarchie“ ■

Auch bei der deutschen extremen Rechten gehört der Kampf gegen die Globalisierung längst zum Allgemeingut. So heißt es beispielsweise im aktuellen NPD-Programm: „Das in Deutschland operierende Finanzkapital hat der deutschen Volkswirtschaft zu dienen. Die im kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftssystem florierende schrankenlose Vermehrung des Geldkapitals durch Subventions-, Steuer-, Kredit- und Zinsprivilegien führt zu gravierenden Fehlentwicklungen der Wirtschaft und muss deswegen eingedämmt werden.“

Mehrmals riefen Rechtsextremisten in Deutschland zu Demonstrationen gegen „das internationale Kapital“ und die Globalisierung auf. Meistens blieben die Proteste allerdings auf dem Papier stehen, wie beispielsweise die angekündigten rechten Anti-Expo-Proteste. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum auch das rechte Lager aller nationalen Präferenzen zum Trotz den Demonstrationstourismus entdeckt hat. So waren bei den Protesten gegen das Wirtschaftsforum am Comer See auch Angehörige deutscher Neonazi-Organisationen beteiligt.

Peter Nowak

Ausland**Würdige Kameraden**

Jörg Haider lobt in seiner Festansprache die Leistungen der SS-Kriegsveteranen. Die Ewiggestrigen betrachten sich als Vorkämpfer für ein vom Kommunismus befreites Europa.

Jörg Haider, Ex-FPÖ-Vorsitzender und Landeshauptmann von Kärnten, war der unumstrittene Star beim diesjährigen „Ulrichsbergtreffen“ nahe der Stadt Klagenfurt. Zu dem Kriegsveteranentreffen versammelten sich am 1. Oktober an die 2000 Kameradinnen und Kameraden aus dem In- und Ausland auf dem 1015 Meter hohen Ulrichsberg. Der Aufmarsch der Ewiggestrigen gilt als eines der größten Treffen früherer SS-Kameraden.

Vor Ort waren in diesem Jahr unter anderem auch Kameradschaftsbündler, Burschenschafter und Skins aus Österreich, Vertreter der separatistischen italienischen Lega Nord, ein Grüppchen Triestiner Monarchisten und Neonazis aus Frankreich. Aus Deutschland waren Delegationen der Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG), der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) und des Kameradenwerks Korps Steiner zugegen. Auch die Nazi-Ikone Gudrun Burwitz, Tochter des ehemaligen Reichsführers-SS Heinrich Himmler, war wie in den vergangenen Jahren zum Wiedersehen mit alten Kameradinnen und Kameraden angereist. Burwitz führt die Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte, eine Art Amnesty von rechts.

Organisiert wurde die Zusammenkunft von der 1958 gegründeten Ulrichsberggemeinschaft, in der Funktionäre der SS-Veteranenorganisation Kameradschaft IV. tonangebend sind. Die präsentierten auf dem Ulrichsberg ihre schwarze Fahne mit dem abgewandelten SS-Wahlspruch „Des Soldaten Ehre heißt Treue“. Vorsitzender der Ulrichsberggemeinschaft ist Sepp Prugger aus Klagenfurt. Maßgeblicher Organisator des „Ulrichsbergtreffens“ ist Schriftführer Norbert Rencher. Als Ehrenpräsident der Ulrichsberggemeinschaft amtiert der Klagenfurter Altbürgermeister Leopold Guggenberger von der ÖVP.

In seiner vielbeklatschten Festansprache erteilte Jörg Haider den Ewiggestrigen die ersehnte Abso-

lution: „Es kann nicht sein, dass die Geschichte unserer Väter und Großväter aufgrund des absonderlichen Zeitgeistes zu einem einzigen Verbrecheralbum gemacht wird und ihre Leistungen vor der Geschichte mit Füßen getreten werden.“ Sie alle seien „gute Bürger gewesen, die ihre Jugend geopfert und nach dem Krieg eine großartige Aufbauarbeit geleistet haben“, pries Haider, der auch 1985 und 1990 auf dem Ulrichsberg die Festansprache gehalten hatte, die „Charakterstärke“ all derer, die „vor Verteufelung nicht in die Knie gegangen sind“. Heftige Attacken richtete der FPÖ-Politiker in Richtung EU, wo er eine „Schar von Tugend-Terroristen“ ausgemacht haben will, die „mit der Faschismus-Keule“ vorgingen. Haider zeigte sich schließlich empört, dass in der Bundesrepublik „ehemalige Sympathisanten von Terrororganisationen zu höchsten Staatsämtern aufgestiegen“ seien.

Pflichtveranstaltung für die SS-Veteranen ist neben dem „Ulrichsbergtreffen“ der am Folgetag stattfindende „Europa-Abend“ im Kursaal Krumpendorf. Die FPÖ-regierte Gemeinde liegt wenige Kilometer vom Ulrichsberg entfernt direkt am Wörthersee. Die NS-apologetische und Waffen-SS-verherrlichende Veranstaltung wird sogar im offiziellen Veranstaltungskalender 2000 des „Wörtherseetourismus“, zu dem sich die anliegenden neun Städte zusammengeschlossen haben, aufgeführt.

Hauptredner des Abends war Kurt Meyer aus Mülheim, Vorsitzender des Kameradenwerkes Korps Steiner. Unter tosendem Beifall erklärte er: „Ohne unsere Soldaten der Waffen-SS würde es heute kein freies Europa geben. Wir wären vom Kommunismus-Bolschewismus überrollt worden. Bekennen wir, dass unsere damalige Regierung den Mut hatte, 1941 den Befehl zum Vormarsch zu geben. Das war kein Leichtsin. Es war die letzte Rettung Europas.“ Namensgeber des im September 1967 gegründeten „Kameradenwerkes“, das rund 300 Mitglieder aus zwölf Staaten in seinen Reihen hat, ist SS-Obergruppenführer Felix Steiner, der im März 1943 zum Kommandierenden General des III. germanischen SS-Panzerkorps ernannt wurde.

Im Anschluss an die Rede verteilte ein Kamerad Kopien eines Gedichts des rechtsextremen Schriftstellers Nikolaus von Preradovich aus Hannover, der 1999 von der Gesellschaft für freie Publizistik, mit der „Ulrich-von-Hutten-Medaille“ ausgezeichnet wurde. Der Titel des Gedichts lautet: „Ich bewundere Adolf Hitler von Tag zu Tag mehr.“

Anton Maegerle

Ausland

Ahnungslose Politik

Auch die Schweiz führte im Sommer eine Debatte über den eigenen Rechtsextremismus, insbesondere die wachsende Zahl rechtsextremer Skinheads.

Angestoßen wurde die Diskussion durch einen Skinhead-Aufmarsch auf dem Rütli (angeblich der Gründungsort der Eidgenossenschaft) anlässlich des Nationalfeiertages am 1. August. Zwischen 100 und 150 Skinheads waren zur traditionellen Feier aufmarschiert, hatten teils den Kühnengruß gezeigt, wie auch den einschlägig bekannten Slogan skandiert „Hier marschiert der Nationale Widerstand“. Die Polizei griff nicht ein, auch nicht als die Glatzen EU-freundliche Worte des Festredners mit „Use, use“ (Raus, Raus)-Rufen konterten.

Das nationale Boulevard-Blatt „Blick“ titelte daraufhin über Tage „Die Schande vom Rütli“. Innerhalb kurzer Zeit wurde wahrgenommen, was schon seit längerem offensichtlich war: In der Schweiz hat sich eine marginale rechtsextreme Subkultur entwickelt. Diese wächst seit drei/vier Jahren stetig und hat sich seit 1997 wohl verdreifacht. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich fast ausschließlich auf die Naziskins und übersah vollständig die Holocaust-Leugner. Nur selten wurden die rechtsextremen Ideologen und Politiker samt ihren Organisationen und Zeitschriften (Gaston-Armand Amaudruz' „Courrier du continent“ und Ernst Indlekofers „Recht+Freiheit“) beachtet.

Das überrascht wenig. Weder die Parteien noch Gesellschaft oder Politik haben sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich und kompetent mit den rechtsextremistischen Strömungen auseinandergesetzt. Die Bundespolizei hielt im Staatsschutzbericht für 1999 (veröffentlicht im Mai 2000) fest, dass die rechtsextremistische Szene „einen klaren Trend zur Vergrößerung und auch weiteren Aktivierung“ erkennen lasse. Die Skinheads bauten in den vergangenen Monaten weitere Strukturen auf. Sowohl die Schweizer Hammerskins wie auch die „Rheinfo“ verfügten beispielsweise über eigene „Clubräume“. Vor allem im Hammerskin-Clubraum in Malters bei Luzern fanden regelmäßig Konzerte statt, gelegentlich aber auch Vorträge zur politischen Schulung. Aktiv sind Schweizer Neonazis auch im Internet. Bis vor kurzem schafften sie es

nicht, ihre Sites länger als einige Wochen zu halten. Das hat sich geändert. Seit Monaten hängen immer mehrere Sites im Netz.

Wieweit die Rechtsextremisten Aufwind verspüren belegt der Vorstoß von Roger Wüthrich, seines Zeichens Anführer der völkisch-heidnischen Avalon Gemeinschaft, bei deren Veranstaltungen sich einstige Kämpfer der Waffen-SS, Holocaust-Leugner wie auch Islamisten und Naziskins zu Vorträgen und Diskussion treffen. Wüthrich meint, die Rechtsextremisten politikfähig machen zu können: In seinem für die Öffentlichkeit bestimmten „Strategiepapier“ bot er den Gewaltverzicht der Naziskin-Szene an - gegen behördlich ungestörte Rechtsextremisten-Treffen und ungeahndeten Vertrieb rassistischer Propaganda. Der Vorstoß war eine Totgeburt, aber er dokumentiert das gestiegene politische Selbstvertrauen einer Szene, deren Exponenten bis dato Medienauftritte scheuten.

Die ersten Reaktionen der Politiker auf die rechtsextreme Skinhead-Umtriebe waren meist von exquisiter Einfallslosigkeit. Zuerst plädierten einige für mehr Staatsschutz, später für eine Ausdehnung der Rassismus-Strafnorm. Gelegentlich wurde zu Recht erwähnt, die SVP fördere mit ihren stetigen diffamierenden Kampagnen und ideologischen Anlehnungen an rechtsextremistische Parolen (wie „Die Schweiz den Schweizern“) das Anwachsen der braunen Szene. Die SVP-Exponenten (sowohl Parteipräsident Ueli Maurer wie auch der starke Mann Christoph Blocher) wiesen selbstverständlich jede politische Verantwortung von sich. Dies taten sie bereits im vergangenen Herbst, nachdem die SVP in den letzten Wochen des Wahlkampfes mit den rechtsextremen Rändern ihrer Partei konfrontiert worden war. Zur Erinnerung: Im Aargau kandidiert ein SVP-ler, der Verständnis für Hitlers Rassenpolitik geäußert hatte. Im Tessin wollte ein Möchtegern-Bankdirektor SVP-Nationalrat werden, der sich und seine Ehefrau ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS als „Gleichgesinnte“ angepriesen hatte. Und im Kanton Jura trat ein SVP-Parlamentarier an, der wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm rechtskräftig verurteilt worden war. In Genf kandidierte auf der SVP-Liste auch der Anwalt Pascal Junod, seit vielen Jahren ein eifriger Exponent der rassistisch inspirierten Nouvelle Droite. Junod hatte im November 1999 seinen Austritt aus der Genfer SVP angekündigt, im September 2000 allerdings wurde bekannt, dass Junod hinter den Kulissen weiterhin die Fäden zieht und an Vorstandssitzungen teilgenommen hat. *Hans Stutz*

Hintergrund**Kampf bis in den Tod**

Das von dem US-Amerikaner Louis Beam entwickelte Konzept des so genannten „führerlosen Widerstands“ könnte auch in Deutschland zu Anschlägen von rechtsextremen Gruppen führen.

Obwohl noch nicht aufgeklärt, trägt der Bombenanschlag von Düsseldorf vom 27. Juli die Handschrift einer so genannten lone wolf-Attacke. Ein „einsamer Wolf“ ist ein als Einzeltäter auftretender Terrorist, der die kleinste Zelle im Sinne von leaderless resistance bildet. Das Konzept des „führerlosen Widerstandes“ (leaderless resistance), exportiert aus den USA, spielt auch im deutschen Rechtsextremismus eine immer wichtigere Rolle. Im Folgenden soll dieses Konzept daher näher erläutert werden.

Bei leaderless resistance handelt es sich um die wichtigste organisatorische Variante innerhalb des gegenwärtigen amerikanischen Rechtsextremismus. Louis Beam, der Autor des Konzepts, ist, obwohl erst Anfang 50, ein Veteran der extremen amerikanischen Rechten. Im Jahre 1968 trat Beam Robert Sheldon's United Klans of Amerika bei und wechselte 1976 zu David Duke's Knights of the Ku Klux Klan, bei denen er Grand Dragon von Texas wurde. Beam nutzte seine Erfahrungen als Soldat im Vietnamkrieg, um Klanmitglieder an der Waffe und im Guerillakrieg auszubilden. Mitte der siebziger Jahre führte Beam zusammen mit Duke und Tom Metzger (heute Führer der White Aryan Resistance - WAR) eine „Border Patrol“ an der amerikanisch-mexikanischen Grenze durch, um illegale mexikanische Einwanderer aufzugreifen. Zur gleichen Zeit organisierte Beam gewaltsame Kampagnen gegen vietnamesischstämmige Fischer in Texas und führte paramilitärisches Training für weiße Fischer durch. Im Jahre 1981 orientierte Beam sich dann zu den Aryan Nations (AN) und wurde deren „Ambassador-at-Large“. In den frühen 80er Jahren machte Louis Beam mit dem AN-Computernetzwerk „Aryan Nations Liberty Net“ als erster Rechtsextremist neueste Kommunikationstechnologie für seine Sache nutzbar. Dieses System - ein Vorreiter des world wide webs - versorgte Benutzer mit einer Vielzahl von Angeboten, wie einem „national computer bulletin board“ mit rassistischen und antisemitischen „Nachrichten“,

einem Führer zu „Aryan Patriotic Groups“ und einer „Know Your Enemy“-Liste, mit Adressen von Gegnern des „patriotic struggle“, so zum Beispiel jüdische Organisationen, Bürgerrechtler oder (im amerikanischen Sinne) liberale Politiker. Ebenfalls enthalten auf dem „Liberty Net“ war ein von Beam entwickeltes Punktsystem, nach dem Personen durch die Ermordung unterschiedlich „wichtiger“ Teile des Zionist Occupied Governments (ZOG) beziehungsweise der Gesellschaft den Status eines „Aryan Warriors“ erhalten können. Hierzu ist die Akkumulation von einem vollen Punkt erforderlich; die Liste reicht von 1/1000 Punkt für die Ermordung eines „Nicht-Weißen“ bis zu einem ganzen Punkt für ein erfolgreiches Attentat gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten.

In seinem Essay „Understanding the Struggle“ macht Beam 1983 klar, dass Gewalt für ihn zur politischen Auseinandersetzung gehört: „Ebenso, wie unsere Vorväter ihre Freiheit mit Blut erworben haben, so müssen wir es auch. Es kann ebensowenig eine friedliche Geburt UNSERER Nation in den 80er Jahren geben, wie auch schon bei unsere Vorfahren 1776. Wir werden die Bastarde umbringen müssen“ [Aus dem Englischen übersetzt].

In den folgenden Jahren geriet Louis Beam dann in verschiedene Konfrontationen mit dem Gesetz. Nach Kooperation mit der rechtsterroristischen The Order Mitte der 80er Jahre, die sich unter anderem an Beams radikalisierten Rechtsextremismus anlehnte, wurde er im Jahre 1987 zusammen mit dem Aryan Nations-Führer Richard Butler und acht anderen Rechtsextremisten wegen „Konspiration zwischen Juli 1983 und März 1985 die Regierung umzustürzen“ angeklagt, im April 1988 jedoch freigesprochen. Im Angesicht der hier dargestellten Erfahrungen entwarf Louis Beam ein neues, für seine Begriffe effizienteres Konzept rechtsextremer Organisation, das er 1992 in einem Artikel in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „The Seditious“ veröffentlichte (vgl. auch Beams Internetseite: <http://www.louisbeam.com/leaderless.htm>). „Leaderless resistance“ ist eine Strategie, die auf autonome Aktionen geheimer Widerstandszellen fußt, die sich wiederum um eine Ideologie und nicht um eine Führung gruppieren. Im Gegensatz zu öffentlich sichtbaren Gruppen oder gar Mitgliederorganisationen, die typischerweise hierarchisch wie eine Pyramide geformt sind, kommt das autonome Zellsystem ohne jegliche Hierarchie und ohne Befehlsstruktur aus. Basierend auf den Vorarbeiten eines Antikommunisten namens Colo-

nel Amos aus den 60er Jahren skizziert Beam die Zielsetzung seines Konzepts: „Col. Amos fürchtete die Kommunisten. Dieser Autor fürchtet die Bundesregierung. Kommunismus stellt heute für niemanden eine Gefahr dar in den Vereinigten Staaten, während die föderale Tyrannei eine Gefahr für alle darstellt.“

Beam macht deutlich, dass es um einen Kampf auf Leben und Tod geht, einen Kampf gegen die als tyrannisch empfundene US-Regierung, gegen ZOG: „Es ist nicht vorbei bevor der letzte Friedenskämpfer beerdigt oder verhaftet ist.“ Dieser Kampf soll in so genannten „Phantom Cells“ geführt werden, die nicht so einfach wie die herkömmliche organisatorische Pyramidenstruktur von der Regierung infiltriert und unschädlich gemacht werden können. Im Sinne des „leaderless resistance“ „operieren alle Individuen und Gruppen unabhängig voneinander und erstatten niemals Bericht an ein zentrales Hauptquartier oder einen einzelnen Führer, wie es in typischen Pyramidenorganisationen getan wird. [...] Es wird die Verantwortung jedes Individuums, sich die nötigen Fähigkeiten und Informationen dafür, was zu tun ist, anzueignen.“

■ Operation mit geheimen Widerstandszellen ■

Befehle sind nicht mehr erforderlich, denn „diejenigen Idealisten, die wahrhaftig der Sache der Freiheit verbunden sind, werden handeln, wenn sie fühlen, daß die Zeit dafür reif ist“. Worum es Beam geht, ist nicht die in seinen Augen gescheiterte Einheit der Organisation („unity of organization“), sondern die Einheit der Sache oder der Absicht („unity of purpose“). Und diese zur Einheit verschmelzende Absicht wird ebenso klar benannt, wie die gewünschte Reaktion auf Krisensituationen: „Da die ganze Absicht von leaderless resistance der Sieg über die staatliche Tyrannei ist (...), werden alle Mitglieder von Phantomzellen oder Individuen auf objektive Geschehnisse mit den üblichen Widerstandstaktiken reagieren. Organe der Informationsverbreitung wie Zeitungen, Flugblätter oder Computer, etc., welche weitgehend für alle zugänglich sind, versorgen jede Person mit Informationen und erlauben eine koordinierte Antwort, die viele Variationen annehmen wird. Niemand muss an irgendjemanden einen Befehl erteilen.“

Louis Beams Wirkung auf die extreme Rechte, vor allem durch das Konzept des „führerlosen Wider-

standes“, kann nur unterschätzt werden. Hervorzuheben sind vor allem vier Komponenten:

- Die extreme amerikanische Rechte hat sich Beam folgend mehrheitlich vom Antikommunismus als dem politischen Hauptbindemittel verabschiedet zugunsten einer unversöhnlichen (Föderal-)Regierungsfeindschaft. Wer sich gegen die „(jüdisch kontrollierte) staatliche Tyrannei“ auflehnt - wie früher gegen den Kommunismus -, wird zum „Friedenskämpfer“.
- Die Strategie führt zu einer organisatorischen Janusköpfigkeit der extremen Rechten in den USA: einer Kombination von above ground und underground-Operationen, wobei die Untergrundaktivitäten von „leaderless resistance“ geprägt sind.
- Mit „leaderless resistance“ hat Louis Beam der extremen amerikanischen Rechten einen „Zwischenweg“ zwischen der relativ leicht von Regierungsorganen zu infiltrierenden herkömmlichen Organisationsform und dem staatlichen Sanktionen kaum standhaltendem „offenen Kampf“ gegen ZOG an die Hand gelegt. Wie Beam richtig feststellt, wären tausend „phantom cells“ ein „Sicherheitsalptraum für die Regierung“.
- „Leaderless resistance“ stellt eine Weiterentwicklung gegenüber dem im deutschen Rechtsextremismus seit den 70er Jahren (und in den 90er Jahren wieder stärker) propagierten „Werwolfkonzept“ dar. Während die sich im Untergrund befindlichen Werwolfkader nach dem Führerprinzip einem „Werwolfstab“ unterstehen, besteht beim führerlosen Widerstand eben keine solche Befehlsstruktur mehr. Wie oben gezeigt, sind „Leaderless resistance-Zellen“ auf diese Weise wesentlich besser vor staatlicher Infiltration beziehungsweise Repression geschützt.

Vor allem in Deutschland, wo die gesetzlichen Restriktionen gegen Rechtsextremismus erheblich schärfer sind als in den USA, könnte „leaderless resistance“ eine effektive Alternative zur legalen Organisation darstellen. Dies hat zum Beispiel auch die NPD zur Kenntnis genommen. Sowohl das organisatorische Potenzial als auch der ideologische Rahmen für weitere Anschläge nach Düsseldorfer Vorbild sind auf beiden Seiten des Atlantiks vorhanden und sogar die Anleitung zum Bau einer Bombe kann mühelos im Internet heruntergeladen werden. Gewalt ist dem Konzept des führerlosen Widerstandes fundamental inhärent, was sowohl in den USA als auch in Deutschland in naher Zukunft zu weiteren blutigen Anschlägen rechtsextremer Zellen führen kann.

Thomas Grumke

Aktivitäten**Brückenfunktion**

Ein rechtsextremer Verein ist sowohl mit der NPD als auch den REP verknüpft.

Der in Pforzheim beheimate rechtsextremistische „Freundeskreis ‘Ein Herz für Deutschland’ e.V.“ (FHD) gehört zum Umfeld der in der Verbotsdiskussion befindlichen NPD, unterhält aber auch Kontakte zu den Republikanern. Gegründet wurde der FHD 1989, entgegen den Beteuerungen der Satzung („parteipolitisch neutral“), als juvenile NPD-Vorfeldorganisation. Nach Angabe des Mitgründers und Vorsitzenden Silvio Corvaglia gehören dem „Freundeskreis“ derzeit 75 Mitglieder im Alter von 15 bis 45 Jahren an. Es finden monatliche Treffen statt, die regelmäßig um größere Vortragsveranstaltungen ergänzt werden. Unter den Besuchern der Veranstaltungen sind, so der aktuelle Verfassungsschutzbericht von Baden-Württemberg, Angehörige der NPD, DVU, REP und neonazistische „Kameradschaften“. Im Mai 1998 war der REP-Landtagsabgeordnete Lothar König aus dem benachbarten Wahlkreis Calw zugegen. Im vergangenen Jahr kamen zu einer Veranstaltung mit Horst Mahler im April rund 100 Rechtsextremisten zusammen, wobei Corvaglia den anwesenden Kameraden eintrichterte: „Der Liberalismus muss endlich dahin gehören, wo er hingehört, nämlich auf den Misthaufen der Geschichte“.

Kontakte unterhält der FHD auch in die Skinhead-Szene. So grüßte das Skinzine „Baden Front“ neben dem „Nationalen Widerstand“ in Baden-Württemberg auch den Pforzheimer FHD. Dessen personelle Stärke wird besonders deutlich durch den Vergleich mit der örtlichen NPD, die amtlich geschätzt lediglich über 7 oder 8 Mitglieder verfügt.

Im vergangenen Jahr machte der „Freundeskreis“ anlässlich der baden-württembergischen Kommunalwahl vom Oktober auf sich aufmerksam. Mehrere Vereinsmitglieder, darunter Corvaglia selber, kandidierten auf der Wahlliste der Republikaner für den Pforzheimer Stadtrat. Nach Aussage Corvaglias allerdings keines mit NPD-Parteibuch. Zudem unterstützten Vereinsmitglieder die nach außen hin auf Abgrenzung bedachten REP durch Plakataktionen, das Durchführen eines Informationsstandes und das Verteilen von Wahlkampfmaterial. Die NPD war zur Kommunalwahl in Pforzheim nicht angetreten.

Ulrike R. Kreutzer

Antisemitismus**Kein Sonderfall**

Auch nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf am 3. Oktober, der für Entsetzen in Politik und Medien sorgte, wurden weiterhin jüdische Einrichtungen geschändet. Nachfolgend eine unvollständige Chronik der Vorfälle im Jahr 2000:

Oktober: Steinwürfe zerstören die Fensterscheiben der Synagoge in Berlin-Kreuzberg (5./6.); Hakenkreuzschmierereien am jüdischen Gebetshaus in Halle (5.); Schändung des jüdischen Friedhofs in Potsdam (4./5.); Molotowanschlag auf die jüdische Synagoge in Düsseldorf (2./3.); der jüdische Friedhof in Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg) wird geschändet, Grabsteine werden mit roter Farbe und Hakenkreuzsymbolen besprüht.

September: Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, wird mit einer Briefbombenattrappe bedroht, die von Unbekannten an die Anschrift seines Düsseldorfer Büros verschickt wurde (27.); Schändung des jüdischen Friedhofs in Koblenz, Gedenk- und Grabsteine werden umgeworfen (8./9.); in Weiden (Bayern) wird gegen die Eingangstür des jüdischen Gemeindehauses ein Glas mit Farbe geschleudert.

August: Schändung der jüdischen Friedhöfe in Dielkirchen und Rockenhausen (beide Rheinland-Pfalz; 5./6.); verhinderte Sprengstoffanschlag auf ein teils von Juden bewohntes Haus in Bamberg (7.); eine jüdische Gedenkstätte in Berlin-Mitte (17.) und der jüdische Friedhof in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern; 25./26.) werden geschändet.

Juli: Friedhofsschändung in Leipzig (11.); Terroranschlag auf russische Kontingentflüchtlinge größtenteils jüdischen Glaubens in Düsseldorf (27.).

Juni: Hakenkreuze am Denkmal für deportierte Juden an der Putzbrücke in Berlin-Moabit; mehrere Fenster des jüdischen Gemeindehauses in Weiden (Bayern) werden eingeworfen.

Mai: Der Gedenkstein zur Erinnerung an die ermordeten Juden in Weiden wird beschmiert

April: Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt (20.).

März: Schändung der jüdischen Friedhöfe in Georgensgmünd (Bayern; 27./28.), Guben (Brandenburg; 17./18.); Hannover (16.).

Februar: Schändung der Friedhöfe in Göttingen (15.), Erfurt (7./.), Potsdam (24./25.). A.M.

Bücherschau**Der Irving-Prozess**

Nachdem die amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt den britischen Revisionisten David Irving in einem Buch als „einen der gefährlichsten Holocaust-Leugner“ bezeichnet hatte, klagte dieser, da er in der Äußerung eine nicht vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckte Verleumdung sah. Daraufhin kam es zu einer juristischen Auseinandersetzung in Form eines Prozesses, der vom Januar bis April 2000 in London durchgeführt wurde. Da die Beweislast in dem Verfahren nicht beim Kläger, sondern beim Beklagten lag, traten zahlreiche renommierte Historiker als Zeugen für Lipstadt auf. Sie belegten dabei einerseits Irvings manipulativen Umgang mit historischen Quellen und andererseits erneut den systematischen Charakter der Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schickte aufgrund des öffentlichen Interesses an dem Prozess die Journalistin Eva Menasse als Gerichtsreporterin nach London und veröffentlichte ihre Berichte über den aktuellen Stand des Verfahrens regelmäßig im Feuilleton.

Diese Artikel bilden auch den Kern des Buches „Der Holocaust vor Gericht. Der Prozess um David Irving“, das von Menasse ergänzt um andere Texte über das Verfahren veröffentlicht wurde. Darin beschreibt sie nach einleitenden Bemerkungen zum Thema zunächst ausführlich in Form einer Art intellektuellen Charakteristik die beiden Hauptfiguren David Irving und Deborah Lipstadt und skizziert danach Irvings Absichten bei der Initiierung des Verfahrens. Dem folgt die Dokumentation der bereits erschienenen Zeitungsartikel, die den Verlauf des Prozesses noch einmal in Erinnerung rufen. Im danach thematisierten Urteil wurde Irving als Rassist, Antisemit, Holocaust-Leugner und absichtlicher Fälscher historischer Fakten bezeichnet und somit stand er als Verlierer in der eigens von ihm angestrebten juristischen Auseinandersetzung da. Menasse schließt das Buch mit einigen Anmerkungen zum öffentlichen und wissenschaftlichen Umgang mit dem Holocaust und versucht dabei, den Irving-Prozess inhaltlich einzuordnen.

Bei dem Buch handelt es sich um ein informatives Werk aus journalistischer Sicht. Damit liegt eine erste Gesamtdarstellung zu dem Verfahren vor,

welches nicht nur bezüglich der Verurteilung eines bekannten rechtsextremistischen Autors von Interesse ist, sondern auch viele Informationen zur historischen Darstellung und Einordnung des Holocaust lieferte. Auf damit zusammenhängende Konsequenzen weist die Autorin in einem interessanten Schlusskapitel hin.

Bemerkenswert ist auch die Beschreibung der beiden Hauptfiguren des Prozesses. Dabei berücksichtigt Eva Menasse allerdings nicht, dass Irving entgegen ihres Eindrucks nicht erst seit 1988 im Zusammenhang mit dem Zündel-Prozess in Kanada zum Rechtsextremisten wurde, sondern sich bereits in den siebziger Jahren immer wieder in diesen politischen Zusammenhängen bewegte. Überhaupt mangelt es der Darstellung etwas an inhaltlichen Aspekten, so geht die Autorin nicht näher auf die manipulative Arbeitsweise Irvings ein. Mitunter neigt sie auch zum wenig angebrachten Plauderton. Gleichwohl verdient die Darstellung schon allein wegen der komprimierten Informationen Interesse.

Armin Pfahl-Traugher

Eva Menasse, Der Holocaust vor Gericht. Der Prozess um David Irving, Berlin 2000 (Siedler-Verlag), 192 Seiten, 29,90 Mark.

Hinweis

Berlin - „Demokratie stärken - Strategien gegen Rechts“ lautet das Motto einer Veranstaltung, die vom August-Bebel-Institut in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28. und 29. Oktober in Berlin-Kladow durchgeführt wird. Geleitet wird das Seminar, das sich an Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren richtet, von Stephan Osváth vom Inforadio und Oliver Tempel. Neben Themen wie rechte Rockmusik und „Hass im Internet“ werden auch demokratische Grundwerte, Gegenwehr, eigene demokratische Handlungsansätze diskutiert.
Informationen: August-Bebel-Institut; **Tel.** 030/4692120, **Fax** -/4692124; **e-mail:** abi@snafu.de; **internet:** <http://home.snafu.de/abi>

Berlin - Im Rahmen der gemeinsam vom Zentrum für Antisemitismus und dem Literaturforum veranstalteten Reihe „Lebenszeugnisse“ findet am 3. November ein Gespräch mit Rachel Ron, Autorin von „Mond über der Uhlandstraße“ statt. Das Buch erzählt die Geschichte einer assimilierten jüdischen Familie im Berlin der 30er Jahre, die rechtzeitig vor den Nazis emigrierte.

3. November um 20.00 Uhr im Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestraße 125, 10115 Berlin

Am Rande**Weg eines Gemäldes**

Wie ein Bild von Hans Makart ins Musée d'Orsay in Paris gelangte. Eine sehr persönliche Geschichte.

Das Museum Orsay in der Rue de Lille ist eines der jüngsten in der französischen Hauptstadt. Erst 1986 wurde der Umbau eines schmucken Belle-Époque-Bahnhofs in eine faszinierende moderne Bildergalerie abgeschlossen. Aber es ist nicht übertrieben zu sagen: Wer dieses Museum versäumt hat, dem bleibt wohl nichts übrig, als seinen Paris-Besuch zu wiederholen. Nirgendwo sonst - den Louvre nicht ausgenommen - findet man die Werke der französischen Impressionisten in solcher Hülle und Vollständigkeit wie im Musée d'Orsay, nirgendwo hat man so viele beglückende Wiederbegegnungen mit alten Bekannten aus dem Schaffen von Manet und Monet, Renoir und Pissaro, aber auch von Cézanne und Gauguin, van Gogh und Toulouse-Lautrec wie in diesem auf die Zeit von 1948 bis 1914 beschränkten Musentempel mit dem gläsernen Bahnhofsdach.

Das Wirken des österreichischen „Malerfürsten“ Hans Makart fällt zwar in jenen Zeitraum, doch es ist wohl eher ein Zufall, wenn ihm in einem so französisch geprägten Museum auch ein Platz eingeräumt wurde. Dieser Zufall führte dazu, dass ich die Museumsordnung mit einer Blitzlichtaufnahme und die Museumsruhe - soweit man davon bei einem ununterbrochenen Strom zehntausender Besucher sprechen kann - durch einen Ausruf störte. Es geschah beim Anblick der „Abundantia“, der römischen Göttin des Überflusses. Das ist ein Gemäldepaar von über acht Metern Länge: vier Meter „Die Gaben der Erde“ und vier Meter „Die Gaben des Meeres“. Da rief ich wie jene unsichtbare Dame in der Werbung für die Fernsehlotterie nach dem Hauptgewinn lauthals: „Das kann doch nicht wahr sein!“ Unter den „Gaben des Meeres“, einer Gruppe üppiger Damen mit Kindern, Netzen und Meeresfrüchten, zu deren bräunlich getönten Farben als Blickfang der nackte Rücken einer der Fischerinnen kontrastiert, habe ich einen Teil meiner jungen Jahre verbracht. Das Bild über der Couch in unserer Stube war etwas kleiner, eine Kopie, nach Ansicht von Kunstkennern die beste, das Werk eines ungarischen Malers. Kopie und Original hatten eine wahrhaft dramatische Geschichte.

Im Leipziger „Musikviertel“ lebte bis Anfang der vierziger Jahre ein schon altes jüdisches Ehepaar namens Lewin, das sein Leben und sein Vermögen dazu genutzt hatte, kenntnisreich Werke der Malerei zu sammeln, die nun dicht an dicht alle Wände ihrer Wohnung bedeckten. Die Lewins kannten meine Mutter, waren wohl sogar entfernte Verwandte. Als das Kunstsammelerehepaar die Aufforderung zum „Transport“ erhielt, beschloss es, nicht auf den deutschen Tod im Auschwitz Gas zu warten, sondern den Zeitpunkt vorzuverlegen und damit selbst zu bestimmen. Vorher wollten die beiden wenigstens ein paar der Kunstwerke vor dem Zugriff der Nazis bewahren. So luden sie meine Mutter - in aller Vorsicht aus einer Telefonzelle und über die Nachbarin - für den letzten Abend zu sich ein. Als Jüdin, die ohnehin dank ihres nichtjüdischen Ehemanns den gleichen Weg wie Lewins nicht schon früher gehen musste, hatte sie selbst keine Möglichkeit, der Einladung Folge zu leisten.

So schickte sie meinen Bruder und mich. Uns als „Mischlingen“ konnte nicht viel passieren. Lewins empfingen uns freundlich. Dass sie beschlossen hatten, ihrem Leben unmittelbar danach ein Ende zu setzen, ließen sie uns weder merken noch wissen. Sie schlugen uns vor, einige von ihnen ausgewählte Bilder mitzunehmen. Museumsstücke, die registriert waren und nach denen gefahndet werden würde, kamen nicht in Frage. Aber die Makart-Kopie legten sie uns trotz deren Dimension ans Herz. Sie sei so wertvoll wie ein Original, da Makarts „Fischzug“, wie sie das Ölgemälde nannten, verschwunden sei, und wahrscheinlich nicht mehr existiere. Lewins umhüllten das Bild mit einem Leinentuch und gaben es uns. In der elterlichen Wohnung bekam es einen geeigneten Platz. Freude an ihm hatten wir nie, da bald darauf die Nachricht vom Tode des Ehepaares eintraf.

■ Die „Gaben des Meeres“ zum Appetitmachen in der Kellerbar ■

Als meine Mutter nach dem Kriege aus dem KZ Theresienstadt zurückgekehrt war und ihre Söhne eigene Familien gründeten, bezog sie in Leipzig eine Ein-Raum-Wohnung. Für das Bild war beim besten Willen kein Platz mehr. Sie bemühte sich, es zu verkaufen, bekam aber nur Absagen: Das Museum hatte weder Platz noch Geld, Kunstliebhaber mussten mehr an ihr eigenes Überleben als an ihr Hobby denken, und für Privatwohnungen waren die Dimensionen des Makartschen Schaffens ohnehin

ungeeignet. So war sie froh, dass sich der Wirt des Leipziger Nachtlokals „Cottbuser Postkutscher“, den sie zufällig beim Zeitungskauf kennengelernt hatte, nach einer Besichtigung entschied: Ja, so etwas könne er sich für die Kellerbar als „Appetitmacher“ schon vorstellen. Er bot ihr 100 oder 200 Mark, und das Bild verschwand im „Postkutscher“. Die Bar gibt es seit einigen Jahrzehnten nicht mehr. Das Bild hat wohl ihr Schicksal geteilt. Ich sah es nie wieder.

Bis ich eben im Orsay-Museum völlig unerwartet dem Original gegenüberstand. Ein Brief an Museumsdirektor Henry Loyrette wurde postwendend beantwortet. So erfuhr ich vom wechselhaften Schicksal der beiden „Abundantia“-Gemälde, die 1870 als erstes wichtiges Auftragswerk Makarts entstanden waren, aber niemals, wie vom Auftraggeber eigentlich vorgesehen, im Speisesalon des neu erbauten Palais Hoyos in Wien aufgehängt wurden. Die Gründe sind dafür unbekannt, es mag wohl wegen des Formats zu einem Streit zwischen dem Maler und seinem Kunden gekommen sein. Schon 1871 ging das Bilderpaar auf „Wander-

schaft“ durch verschiedene Galerien, war einige Zeit auch im Besitz des Berliner Bankiers Blumenthal und landete 1889 in der Neuen Pinakothek in München.

Warum Lewins vom Verschwinden des Originals ausgegangen waren, erhellte der weitere „Lebenslauf“ der Gemälde: Adolf Hitler hatte „Die Gaben der Erde“ und „Die Gaben des Meeres“ nach einem Besuch der Pinakothek für sein persönliches Museum ausgewählt, das in Linz entstehen sollte. deshalb hatten sie die Nazis rechtzeitig im Salzkammergut „in Sicherheit“ gebracht.

1951 wurde das Gemäldepaar vom „Collecting Point“ München nach Frankreich transportiert und 1973 an den Louvre verkauft. Seit 1986 hängt es im Orsay-Museum. Wie schlecht das Geschäft war, das meine Mutter gemacht hatte, geht aus einer dem Schreiben beigelegten Anzeige von Sotheby's London vom Juni 1997 hervor, wo eine Version der „Gaben der Erde“ für 45 000 bis 55 000 Pfund zum Verkauf angeboten wird.

Ralf Bachmann

Anzeige

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. in Bonn wurde 1993 auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern ins Leben gerufen, die als politisch Verfolgte unter der NS-Diktatur und dem kommunistischen Regime der DDR gelitten haben. Sie fanden sich zusammen, um sich gegen extremistische Gewalttaten in unserem Land, die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verteufelung von Minderheiten zur Wehr zu setzen. Zugleich waren sie sich einig in der Absicht, die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes zu stärken. Zu den Gründern des überparteilich orientierten Vereins gehörten Verfolgte, Politiker, Wissenschaftler, Pädagogen, Gewerkschafter, Journalisten und Leiter von Gedenkstätten. Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist im Vereinsregister eingetragen und vom Finanzamt Bonn-Außenstadt unter der Steuernummer 206 5863 0049 als gemeinnützig anerkannt. Beiträge und Spenden sind somit gemäß § 10b EStG und § 9 Nr. 3 KStG abzugsfähig. Konto: 8551707 (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn

Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, Max-Planck-Straße 3, 53177 Bonn

Telefon (0228) 93 38 90, Telefax (0228) 933 89 20, <http://www.gegen-vergessen.de>

**Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.**

☐ Ich bin an der Arbeit des Vereins interessiert, möchte aber derzeit nicht Mitglied werden. Ich bitte um Zusendung der Informationshefte und regelmäßiger Veranstaltungshinweise und werde dafür einen Betrag von DM ----- als Spende überweisen.

☐ Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“

Name ----- Vorname -----

Adresse -----

Telefon privat ----- dienstlich ----- Fax -----

Beruf/Funktion ----- Geburtsdatum -----

Verein/Verband etc. -----

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen interessiert: -----

Ort, Datum ----- Unterschrift -----

Meldungen**Inland**

■ **Augsburg** - Die revanchistische Nationalversammlung des Deutschen Ostens (NDO) führt am 4. und 5. November an einem geheim gehaltenen Ort in Nordbayern ihre 15. Jahrestagung durch. Ziel der rechtsextremen Sektierergruppe ist die „friedliche Wiederherstellung der ... Ende 1918 gewollten und bestandenen Grenzen sowie der 1945 völkerrechtswidrig entrissenen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches auf dem Boden seiner reichsrechtlich fortdauernden ... Grundordnung, nämlich der Weimarer Reichsverfassung ... durch eine außerparlamentarische Massenbewegung des deutschen Volkes“. Präsident der NDO ist Konrad Hoffmann aus Augsburg, zugleich „amtierendes Staatsoberhaupt der 'Vereinigten Länder des Deutschen Ostens'“. Hoffmann hat sich unter anderem als Redner bei der Neonazi-Knastorganisation HNG und dem NS-apologetischen Verein „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ hervorgetan.

■ **Bad Hersfeld** - Wegen „rechtsradikaler Tendenzen“ wurde der Gaststätte „Bierdorf“ in Bad Hersfeld Ende September die Erlaubnis entzogen. Die Betreiber des Gasthofs hatten ihre Türsteher angewiesen, nur Deutschen den Zutritt zu gewähren. Bei den Türsteherhandeln handelte es sich um rechtsextreme Skinheads. Zudem setzte Bad Hersfeld ein weiteres Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Am 22. September stellte die Stadt Schilder auf: „Menschenverachtende und demokratiefeindliche Handlungen werden wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen“.

■ **Berlin** - In den ersten sieben Monaten dieses Jahres meldete das Bundeskriminalamt (BKA) 394 rechtsextreme Gewalttaten, darunter zwei Morde, sechs versuchte Tötungsdelikte sowie 19 Brandstiftungen. Dies geht aus einem aktuellen Lagebericht des Bundesamts für Verfassungsschutz hervor. Fast die Hälfte dieser Gewalttaten (194) wurden in Ostdeutschland begangen. Die Gewalttaten seien zwar im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (462) um 15 Prozent, zurückgegangen, die Verfassungsschützer erwarten aber für das gesamte Jahr 2000 ähnlich viele Vorfälle wie 1999 (746).

■ **Dresden** - Die Krise um das Hannah-Arendt-Institut für Terrorismus hat sich nach der Entscheidung des Kuratoriums, den Vertrag des Direktors

Klaus Dietmar Henke nicht zu verlängern, verschärft. Drei der fünf Mitglieder, die Historiker Ulrich von Hehl, Hans Günter Hockerts und Christoph Kehler, verließen den Beirat. Sie machten dem vom sächsischen CDU-Kultusminister Matthias Rößler geleiteten Kuratorium den Vorwurf, es versuche Einfluss auf die Planung der Forschung des Instituts zu bekommen. Die verbleibenden Beiratsmitglieder Eckhard Jesse und Werner Patzelt unterstützten die Kuratoriumsentscheidung und warfen Henke einen Mangel an „charakterlichen Fähigkeiten“ und „sozialer Kompetenz“ vor. Der Streit um das Institut war ausgelöst worden durch eine Veröffentlichung des wissenschaftlichen Institutsmitarbeiters Lothar Fritze über das Attentat des Schreiners Elser gegen Hitler im Münchner Hofbräuhaus. Fritze hatte Elser mit einer fragwürdigen Argumentation das Recht zu dem versuchten Diktatormord abgesprochen. Henke hatte versucht, die Veröffentlichung zu verhindern, deswegen wurde er von seinem Stellvertreter Uwe Backes öffentlich kritisiert. Die seit fast einem Jahr geführte Diskussion droht die Kompetenz des Instituts zu zerstören und das Recht zu verlieren, den Namen Hannah Arendts zu führen.

■ **Dresden** - Die neurechte Ideologieschmiede Synergon (Hamburg) und der neuheidnische Verlag Zeitenwende (Dresden) veranstalteten vom 20. bis 22. Oktober im Raum Dresden anlässlich des 100. Todestages von Friedrich Nietzsche ein Seminar zum Thema „Nietzsche und der Nietzscheanismus“. Als Referenten sind unter anderen Lothar Penz (Vorsitzender des vom Hamburger Verfassungsschutz beobachteten „Bundes Deutscher Solidaristen“), Baal Müller (Autor in der „Jungen Freiheit“) und „Hans Herzog“ (Insiderkreisen zufolge das Pseudonym des Schweizer Holocaustleugners Bernhard Schaub) angekündigt.

■ **Köln** - Die Deutschen Konservativen beziehungsweise die WPR Wirtschafts- und Verband-Public-Relation Verlag GmbH von Joachim Siegerist haben ihren Rechtsstreit mit der Lufthansa, zumindest vorläufig, verloren. So war die Lufthansa nicht verpflichtet, mutmaßliche Neonazis nach Israel zu fliegen. Dies ist einem am 5. Oktober veröffentlichten Urteil des Oberlandesgerichts Köln zu entnehmen. Die bundesdeutschen Rechtskonservativen wollten am 9. November 1998 (vgl. BNR 20/98) zu einer mehrtägigen Israel-Reise nach Tel Aviv fliegen. Kurz vor dem Flug hatten die israelischen Behörden ein Einreiseverbot gegen die Deutschen Konservativen ausgesprochen und die

Gruppe als Neonazis eingestuft. Die Reise wurde von Israel als „Provokation“ empfunden. Die Luftfahrtgesellschaft hatte in der Kürze der Zeit nicht die entsprechenden Möglichkeiten, die gegen die Reisegruppe erhobenen Vorwürfe zu überprüfen. Deshalb wurden die Angehörigen der Gruppe bei einem kurzfristigen Zwischenstopp in Istanbul abgesetzt und von dort aus nach Frankfurt/Main zurück befördert. Deshalb komme ein Schadensersatz, so das Gericht, nicht in Betracht. In erster Instanz hatte das Kölner Landgericht zugunsten der WPR entschieden.

■ **Leipzig/München** - Die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig muss ein Konto des sächsischen NPD-Landesverbandes bis auf Weiteres weiterführen. Dies hat das Landgericht Leipzig am 6. Oktober in einer Einstweiligen Verfügung entschieden. Das Geldinstitut hatte der NPD am 22. August das Konto aus „geschäftspolitischen Erwägungen“ gekündigt, was vom Gericht nicht als ausreichend bewertet wurde, da der NPD keine Vertragsverletzung vorgeworfen und auch keine anderen wichtigen Gründe angeführt worden seien. Die Postbank München wurde durch eine Einstweilige Verfügung des Landgerichts München verpflichtet, ein von der DVU eingerichtetes Girokonto weiterzuführen. Mit der Begründung, es handele sich um „eine rechtsradikale Partei“ hatte die Postbank versucht, das DVU-Konto zu kündigen.

■ **Lübeck** - Gegen Jürgen Gerg, Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten Nordmark, wurde von der NPD-Parteispitze ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet. Gerg arbeitet eng mit dem „Aktionsbüro Norddeutschland“, einem Zusammenschluss von „Freien Nationalisten“, zusammen. Im September marschierte er unter anderem an der Seite von Christian Worch auf einer Solidaritätsdemonstration für den Erhalt der braunen Szenekneipe „Club 88“ in Neumünster (s. BNR 19/00) und referierte auf einer Veranstaltung des „Nationalen Widerstands“ in Gadebusch. Gerg hat damit gegen das durch den NPD-Parteivorstand aufgelegte Demonstrationsverbot verstoßen. Ein weiteres Parteiausschlussverfahren läuft gegen das ehemalige NPD-Bundesvorstandsmitglied Steffen Hupka, Ex-NPD-Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt.

■ **München** - Für die Gestaltung der Zeitschrift „Leitheft“, dem „Rundbrief des Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS“ (Untertitel: „Zur Pflege von Kameradschaft und soldatischer Tradition, Abwehr von Geschichts- und Propagandalügen

durch Aufklärung und Dokumentation“) zeichnet neuerdings der in München ansässige Schild-Verlag von Gunther Damerau verantwortlich. Ge gründet wurde der Verlag im Jahr 1951 von Dameraus Vater Helmut (am 20. Februar verstorben), der 1939 zum jüngsten NSDAP-Landrat im damals ostpreußischen Kreis Heydekrug gekürt wurde. Autoren der jüngsten „Leitheft“- Ausgabe sind neben anderen die einstigen Waffen-SSler Lothar Greil, Hans Werner Woltersdorfer, Willy Hillen und Heinz Drenger.

■ **Schleswig** - Auch in diesem Jahr findet in der Stadt Schleswig, idyllisch an der Schlei, dem längsten Meeresarm der Ostsee, gelegen, am 4./5. November der traditionelle Wikingermarkt statt. Zur Teilnahme wird auch in neuheidnischen und rechts-extremen Kreisen aufgerufen, darunter in „Huginn+ Muninn“. Bei den Schleswiger Wikingertagen, die im August stattfanden, war die braune Präsenz vor Ort so stark, dass die Bereitschaftspolizei bei Straßensperren auf den Einfahrtsstraßen nach Schleswig 58 Skins und Neonazis verhaften musste, da diese das Fest für eine nicht genehmigte Kundgebung missbrauchen wollten. Über die Wikingere-Festivitäten in Schleswig berichteten bisher der im August verbotene „Hamburger Sturm“ oder die Zeitschrift „Zeitenwende“.

■ **Stralsund** - Informationen der Neonazi-Homepage „Stoertebecker“ zufolge wurde gegen Matthias Meier, Ex-NPD-Kreisvorsitzender von Stralsund und zeitweilig NPD-Landesvorstandsmitglied in Mecklenburg-Vorpommern, ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet. Anlass sei jedoch nicht die unlängst öffentlich bekannt gewordene Spitzeltätigkeit von Meier für den Verfassungsschutz, sondern der Umstand, dass dieser seit einigen Monaten mit den Beitragszahlungen für die NPD im Rückstand sei. Kommentar von „Stoertebecker“-Betreiber Axel Möller alias „Theodor Manzelmann“ dazu: „Wir sind der Ansicht, dass es längst überfällig ist, mit Spitzeln und Agenten härter ins Gericht zu gehen ... Hier müssen Taten folgen. Jeder VS-Spitzel muss wissen, dass es mit einem Risiko verbunden ist, bei inländerfreundlichen Kräften zu spionieren.“

■ **Stuttgart** - Ein für den 6. Oktober in Stuttgart angekündigtes Konzert des braunen Liedermachers Frank Rennie (36) musste vorzeitig abgebrochen werden. Die Wirtin des „Hotel Autohof“ in Stuttgart-Wangen fühlte sich von den Anmeldern getäuscht und kündigte deshalb den Vertrag am

Abend. So mussten die nach Polizeiangebe 80 bis 90 Personen aus dem Umfeld der Jungen Nationaldemokraten nach einer juristischen Auseinandersetzung mit der Wirtin den Nebensaal des Hotels verlassen. Frank Rennie konnte lediglich ein Lied vortragen und eine kurze Ansprache halten, eher er durch einen Nebeneingang die Lokalität verließ. Unter den anwesenden Rechtsextremisten aus ganz Baden-Württemberg befand sich auch der 94-jährige Architekt Carl-Arthur Bühring. Er hatte mit einer sechsstelligen Spende den Umzug der NPD-Bundesgeschäftsstelle von Stuttgart nach Berlin zu Jahresbeginn ermöglicht. Die neue Zentrale der NPD im Berliner Bezirk Köpenick trägt nun den Namen des mehrmaligen NPD-Landtags- und Bundestagskandidaten: „Carl-Arthur Bühring-Haus“.

Ausland

■ **Belgien (Antwerpen)** - Der extrem rechte Vlaams Blok hat bei den belgischen Kommunalwahlen am 7. Oktober durchschnittlich um 3,6 Prozentpunkte gegenüber den Wahlen von 1994 hinzugewonnen. In der Hafenstadt Antwerpen wurde der VB mit 33 Prozent (plus 5) wie 1994 stärkste Partei. Auch in der flämischen Bischofsstadt Mechelen konnte der VB mit 25 Prozent die anderen Parteien überrunden; in Gent erzielten die extremen Rechten 19,5 Prozent.

■ **Österreich (Sibratsgfall)** - „Die Israelis lassen sich ihre Verbrechen von den BRD-Demokraten finanzieren“ hetzt der österreichische Holocaust-Leugner Walter Ochsenberger in der aktuellen Ausgabe seiner antisemitischen Schrift „Top Secret“ vom September. Laut Ochsenberger zocke angeblich „die Holocaust-Industrie ... Milliarden über Milliarden vom deutschen Steuerzahler ab. Mit diesem Geld werden Verbrechen in der ganzen Welt finanziert, vornehmlich aber Völkermord, Vertreibung und Folter“. Ochsenberger, einst Leiter des österreichischen Freundesbundes der Wiking-Jugend, der wegen NS-Wiederbetätigung eine zweijährige Haftstrafe bis 1995 absitzen musste, ist der Ansicht: „Nur wenn die Judenpolitik der BRD-’Eliten’ gestoppt wird, können die Verbrechen der israelischen Führung gestoppt werden.“

■ **Österreich (Wien)** - Für das österreichische Neonaziblatt „Die Umwelt“ aus Wien ist die NPD „offen, laut und deutlich für die Interessen Österreichs eingetreten.“ Auf Sympathie stoßen in der seit 1972 existierenden „Umwelt“ auch Skins, „die

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 21-2000 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

von ihrem Notwehrrecht Gebrauch machen oder zum Schutz des Deutschen Volkes ausländische Drogenhändler von den Straßen treiben“. Der Düsseldorfer Bombenanschlag vom 27. Juli „auf Eindringlinge aus Russland - die meisten Opfer sind Angehörige einer Minderheit, die in der ganzen europäisierten Welt einflussreiche Positionen besetzt hält -“, wurde für das Neonaziblatt „zum Zwecke des moralischen Niederknüppelns und Beschmutzens des Deutschen Volkes verübt“. Gegen die Verantwortliche der „Umwelt“, Hemma Tiffner, hat das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im Oktober Anzeige wegen des „Verdachts der Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlungen“ erstattet.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto